

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Tübingen, Poststraße 2-4, 72070 Tübingen

**Kreisverband Tübingen**

**Kreisvorstand**

kreisvorstand@gruene-tuebingen.de

**Geschäftsstelle**

Poststraße 2-4, 72070 Tübingen

Luitgard Fink  
Kreisgeschäftsführerin

Telefon: 0 70 71 / 5 14 96

buro@gruene-tuebingen.de

www.gruene-tuebingen.de

Montag bis Donnerstag 10 bis 13 Uhr

Tübingen, 28. Mai 2025

Pressemitteilung

Die Mitglieder des Kreisverbands Tübingen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in ihrer Kreismitgliederversammlung am 22. Mai folgende Resolution verabschiedet:

## **Resolution: Humanitäre Katastrophe in Gaza abwenden**

Am 7. Oktober 2023 verübte die radikalislamische Hamas einen Terrorangriff auf Israel. Terroristen haben auf brutale und bislang unvorstellbare Weise etwa 1.200 Menschen ermordet und mehr als 240 Geiseln genommen. Wir verurteilen diesen völkerrechtswidrigen Angriff aufs Schärfste, fordern die unverzügliche Freilassung aller Geiseln und den Stopp weiterer Angriffe auf Israel. Israel hat das Recht, sich selbst zu schützen und zu verteidigen. Die Hamas muss ihre Waffen niederlegen und den bewaffneten Kampf gegen Israel dauerhaft beenden. Nur so kann der Weg für eine politische Lösung des Konflikts geebnet werden.

Die israelische Regierung hat als Reaktion auf die Terrorattacke eine massive Militäroperation gegen den von der Hamas kontrollierten Gazastreifen eingeleitet. Diese Militäroperation hat sich in kurzer Zeit zu einem vollumfänglichen Krieg entwickelt. Nach Angaben des von der Hamas geführten Gesundheitsministeriums wurden bis heute etwa 52.400 Menschen im Gazastreifen getötet. Internationale Organisationen bestätigen eine sehr hohe Zahl ziviler Opfer. Unabhängige Überprüfungen zu den genauen Opferzahlen sind unter den aktuellen Bedingungen jedoch kaum möglich.

Seit mehr als zwei Monaten blockiert die israelische Regierung die Zufuhr von humanitärer Hilfe nach Gaza. Rund zwei Millionen Palästinenser\*innen sind von der Hungersnot betroffen. Über eine halbe Million Menschen droht aktuell der Hungertod. Die Vereinten

Nationen warnen vor der schlimmsten humanitären Katastrophe im Gazastreifen seit Kriegsbeginn. Das gezielte Aushungern der Zivilbevölkerung gilt im Völkerrecht als Kriegsverbrechen. Die Hungersnot könnte sofort abgewendet werden. Laut Welternährungsprogramm lagern vor den Grenzübergängen mehr als 116.000 Tonnen Lebensmittel - genug, um eine Million Menschen für bis zu vier Monate zu versorgen. Diese Blockade humanitärer Hilfe ist für uns untragbar. Deshalb fordern wir die israelische Regierung dazu auf, einen umfassenden, unverzüglichen und ungehinderten Transport humanitärer Hilfsgüter nach Gaza zu gewährleisten.

Den kürzlich verabschiedeten Plan zur „Eroberung“ des Gazastreifens verurteilen wir. Sowohl eine dauerhafte Besetzung palästinensischer Gebiete als auch die Annexion besetzter Gebiete verstoßen gegen geltendes Recht. Die Vertreibung von Palästinenser\*innen in den Süden hätte verheerende Folgen. Sie würde die Perspektive auf eine friedliche Lösung des Konflikts auf absehbare Zeit massiv gefährden. Mittlerweile werden auch in Israel kritische Stimmen immer lauter. Neben Angehörigen von Geiseln und zivilgesellschaftlichen Gruppen stellen auch ehemalige Militärs und Sicherheitsexperten die aktuelle Strategie zunehmend infrage.

Deshalb fordern wir die neue Bundesregierung sowie die im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien mit Nachdruck auf, sich für die Einhaltung völkerrechtlicher Standards - insbesondere der Menschenrechte – einzusetzen. Die Einhaltung dieser Standards muss zur Bedingung gemacht werden für jede weitere Waffenlieferung.

Einen Besuch von Personen, die unter internationalem Haftbefehl stehen, wie unter anderem Netanjahu, lehnen wir ab. Wir stehen zur unabdingbaren Achtung des internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag.

Wir fordern die Bundesregierung auf, alle politischen und diplomatischen Mittel zu nutzen, um auf einen dauerhaften Waffenstillstand und eine politische Lösung des Konflikts hinzuwirken.